

Green Finance: Was verbirgt sich hinter dem grünen Nebel?

Johannes Jäger

Zusammenfassung

Green Finance hat sich in den letzten Jahren zu einer neuen Strategie zur Bewältigung von Umweltproblemen entwickelt. Das Ziel dieses Beitrags ist es, einen konzeptionellen Rahmen bereitzustellen, der dabei hilft, zwischen verschiedenen Formen von Green Finance zu unterscheiden. Unterschiede zwischen neoliberalen, reformistischen und progressiven Formen von Green Finance werden herausgearbeitet und deren (oftmals implizit) zugrunde liegenden theoretischen Annahmen transparent gemacht, sowie mögliche Implikationen für die Wirksamkeit und Verteilungsfragen diskutiert. Daraus werden Schlussfolgerungen für progressive Strategien abgeleitet.

I. Einleitung

Banken, internationale Finanzinstitutionen, die EU, NGOs, nationale Regierung, Zentralbanken, neu geschaffene Green-Finance-Institutionen, NGOs und eine exponentiell wachsende Anzahl von Wissenschaftler:innen haben in Green Finance einen neuen Hoffnungsträger gefunden (Jäger 2020). Die Vielzahl der Beiträge, Sichtweisen und Definitionen lässt das Ganze in einem diffusen Licht – einem grünen Nebel – erscheinen. Es ist offensichtlich, dass es sich hier um ein Feld handelt, welches vielen Gruppen erlaubt, miteinander bzw. nebeneinander in einem diskursiven Zusammenhang zu stehen. Vielfach wird behauptet und gehofft, dass Green Finance einen wichtigen Beitrag zur Lösung der drängenden Umweltprobleme leisten könne. Aber ist dies wirklich der Fall? Die Vorstellung, dass der Finanzsektor und Finanzinvestor:innen, das heißt Finanzkapital und vermögende Menschen, einen wichtigen Beitrag zur Lösung ökologischer Probleme leisten können, hat wichtiges legitimatorisches Potenzial für eben diese Gruppen.

Wie kann aus progressiver Perspektive damit umgegangen werden? Ist es sinnvoll, sich innerhalb des Diskurses zu bewegen und wenn ja, wie können Positionierungen erfolgen? Oder ist es strategisch besser, sich erst gar nicht auf dieses diskursive Feld zu begeben, da progressive Sektoren angesichts der Schieflage und der ungleich geringeren Ressourcen nur verlieren können? Im Diskurs um Green Finance verdichten sich diese klassischen strategischen Probleme. Es stellt sich damit exemplarisch die Frage, wie aus progressiver Perspektive mit Umweltfragen umgegangen werden kann. Der Diskurs um Green Finance suggeriert, dass die Finanzierung von „grünen“ Maßnahmen im Interesse aller sei. Der Mythos, dass alle das gleiche Interesse hätten und alle am selben Strang zögen, ist jedoch zu hinterfragen. Ökonomische Interessen, auch wenn sie „grün“ gefärbt sind, stehen Umweltinteressen oft entgegen. Wenn es im konkreten Prozess der sozialen

und politischen Auseinandersetzungen oft sinnvoll und notwendig sein kann, Kompromisse einzugehen, an einem Strang zu ziehen und damit Interessensgegensätze und Widersprüche unter den Teppich zu kehren, so scheint es doch essenziell, dabei die wesentlichen Implikationen von Green Finance analytisch herauszuarbeiten und Interessen zu benennen.

2. Formen von Green Finance und ihre Implikationen

Die Ursprünge von Green Finance datieren bereits in die 1980er Jahre zurück. Im Kontext des United Nations Environment Programme (UNEP) hatten Banken schon lange Vorarbeiten geleistet, um aufzuzeigen, dass sie für die Finanzierung von Umweltzielen wichtig seien (UNEP 1994). Erst aber seit der Finanzkrise von 2007/2008 ist es zu einer dynamischen Entwicklung des Green Finance Diskurses sowie zu Maßnahmen, wie dem Auflegen „grüner“ Anleihen, gekommen (Berrou et al. 2019).

2.1 Neoliberale Formen von Green Finance

Bei den vom Finanzsektor sowie mittlerweile von vielen anderen Institutionen propagierten und angebotenen Formen von Green Finance handelt es sich um einen Zugang, der als *neoliberale Green Finance* bezeichnet werden kann (Jäger/Schmidt 2020a). Dieser stützt sich (implizit) auf bestimmte neoklassische Zugänge zur Umweltökonomie. Er geht von der zentralen Annahme aus, dass Marktversagen, z.B. im Zusammenhang mit fehlenden Eigentumsrechten oder in Form externer Kosten, das Grundproblem für ökologische Probleme darstellt, die durch Behebung des Marktversagens gelöst werden können. Neoliberale Zugänge von Green Finance beschränken sich jedoch nicht auf das Gebiet des privaten Finanzsektors, sondern beinhalten auch die passenden staatlichen Rahmensetzungen und Regulierung, bis hin zur Gestaltung der öffentlichen Finanzen sowie der Geldpolitik. Dabei lassen sich innerhalb dieser neoliberalen Formen von Green Finance drei Zugänge unterscheiden (Jäger/Dziwok 2021). Erstens *laissez-faire* neoliberale Green Finance, zweitens *marktmachende* neoliberale Green Finance und drittens *klassische* neoliberale Green Finance. Diese Unterscheidungen ergeben sich aus der jeweiligen unterschiedlichen Form der Staatsintervention bzw. der Rolle des Staates.

Laissez-faire neoliberale Green Finance stellt darauf ab, dass Investor:innen und Banken allein durch die freiwillige Berücksichtigung von Umweltkriterien im Rahmen von Corporate Social Responsibility (CSR) oder mit den mittlerweile verbreiteten Environmental Social Governance (ESG) Kriterien dafür sorgen können, dass Umweltziele erreicht werden. Auf dieser Annahme fußt die Vorstellung, dass Anleger:innen durch den Kauf grüner Finanzprodukte zu Umweltzielen beitragen können. Diese Finanzprodukte werden mittlerweile verstärkt vom Bankensektor angeboten und beworben. Unzweifelhaft soll dies dazu beitragen, das durch die Finanzkrise von 2007/2008 stark rampolierte Prestige des Sektors wieder zu verbessern. Gleichzeitig können mit dem Argument, etwas „Gutes“ zu tun, auch neue Kund:innengruppen erschlossen werden, die vormals risikoreicheren Anlagen skeptisch gegenübergestanden sind. Damit ergeben sich neue Profitmöglichkeiten im Finanzsektor. Der Vorwurf des Greenwashings ist in

diesem Zusammenhang bereits des Öfteren gemacht worden und findet regelmäßig den Weg in die Medien (z.B. Gepp 2022, Financial Times 2022). Dies ist nicht überraschend, sind doch viele „grüne“ Fonds nur durch das Umbenennen von bereits bestehenden Fonds entstanden (Fondsprofessionell 2021). Auch zeigen Untersuchungen, dass „grüne“ Fonds oft Anteile oder Schuldtitel von ökologisch problematischen Unternehmen beinhalten. Überdies zeigt eine neuere Studie, dass trotz gegenteiliger Versprechungen bei sogenannten aktiv gemanagten Fonds diese sich nicht besser schlagen. Bei Eigentümer:innenversammlungen gibt es beim Abstimmungsverhalten zu Umweltzielen auf Unternehmensebene keine signifikanten Unterschiede zu herkömmlichen Fonds (Baines/Hager 2022).

Auch wenn der damit verbundene „Greenwashing“-Vorwurf berechtigt ist, greift eine derartige Kritik an laissez-faire neoliberalen Green Finance Praktiken zu kurz. Vielmehr besteht ein grundsätzlicher Zweifel, ob freiwillige Maßnahmen überhaupt einen Unterschied machen können. Wie Weber/ElAlfy (2019) und auch Kölbl et al. (2020) festhalten, werden freiwillig umweltfördernde Maßnahmen innerhalb von Unternehmen in der Regel nur dann ergriffen, wenn sie den Profit erhöhen bzw. wenigstens nicht schmälern, oder zu einer besseren Legitimation beitragen, was sich wiederum positiv auf den Profit auswirkt. Dies ist angesichts der Konkurrenzsituation im kapitalistischen Wettbewerb auch nicht überraschend. Dass auf Unternehmensebene Gewinn und die Umsetzung ökologisch wünschenswerter Einzelmaßnahmen, wie etwa das Sparen von Energie, zusammengehen können, ist einsichtig, aber allein daraus ergibt sich noch keine klare Rolle für Green Finance.

Dass neue, maßgeschneiderte Formen zu ihrer Finanzierung als eine neue Art von Wertpapierkategorie möglich werden, beantwortet noch nicht die Frage, ob es überhaupt nennenswert viele profitable Investitionen zu finanzieren gibt, die einerseits wirklich „grün“ sind, und zweitens bislang mangels Finanzierung unterblieben sind. Gerade innerhalb eines Denkrahmens, der von hoher Effizienz und Voraussicht auf Märkten (insbesondere Finanzmärkten) ausgeht, würde das eher überraschen. Wenn möglichst unregulierte Märkte so gut funktionieren, dass hohes Vertrauen in laissez-faire und Freiwilligkeit gesetzt werden kann, hätten Märkte nicht längst die Nutzung aller profitablen Ökologisierungspotenziale erzwungen und in Börsenkurse eingepreist? Aufgrund dieser Zusammenhänge kann sogar aus neoklassischer Perspektive das Potenzial von Green Finance skeptisch beurteilt werden. Falls Finanzmärkte laissez-faire-konforme Effizienzeigenschaften hätten, würde sich durch Green Finance nichts daran ändern, was Unternehmen machen, oder auch wieviel Finanzierung sie bekommen, sondern nur die Eigentümer:innensstruktur derer, die Unternehmensanteile wie Aktien oder auch Schuldtitel gegenüber diesen Sektoren halten. Damit bliebe „grünes“ Investieren an etablierten Finanzmärkten für die Umwelt praktisch wirkungslos (Dziwok/Jäger 2021).

Eine gewisse Wirksamkeit kann erst angenommen werden, wenn ein idealisiertes Bild von Märkten aufgegeben und davon ausgegangen wird, dass es aufgrund von Marktunvollkommenheiten an Finanzmärkten zum Beispiel zur Bildung von „grünen“ Blasen kommt. Damit könnte es kurzfristig tatsächlich zu realen Veränderungen kommen, die mit dem Platzen der Blase allerdings abrupt zu Ende gehen.

Das häufig als Erfolgsausweis für Green Finance berichtete Wachstum „grüner“ Fonds darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrzahl der Fonds zumindest bis-

lang weiterhin konventionell, d.h. „braun“ ist, und überdies auch insbesondere in den USA wieder Investmentstrategien im Vormarsch sind, die auf „braune“ Finanzanlagen setzen, und sich damit die Finanzierungssituation von „braunen“ Finanzanlagen zumindest bisher nicht grundlegend verändert hat.

Marktmachende neoliberale Green Finance wird oft als Lösung präsentiert, um das offensichtliche nicht-Funktionieren von Freiwilligkeit und dem damit verbundenen Greenwashing-Vorwurf entgegenzutreten. Dazu gehört die Vorstellung, dass klare Regeln für das, was als „grün“ gelten darf, wie z.B. im Rahmen der Taxonomie-Verordnung der EU (European Commission 2022), zu mehr Transparenz beitragen können und damit besser informierte Anleger:innen qualifiziertere Entscheidungen treffen könnten. Dieses Mehr an Transparenz löst aber nicht das grundlegende Problem, dass offen bleibt, wieso es auf Märkten, die aufgrund ihrer vermuteten Effizienzeigenschaften in neoliberaler Perspektive so frei wie möglich operieren sollen, überhaupt ungenutzte Spielräume für ein besser informiertes Anleger:innenverhalten geben können soll. Daran ändern auch die kürzlich von NGOs, wie beispielsweise dem WWF, angekündigte Gründung eines „grünen“ Finanzlabels (ORF 2023) nichts. Vielmehr ist dies ein Versuch, Green Finance auf höherer Stufenleiter zu legitimieren und dem Greenwashing-Vorwurf zu entkommen. Das scheint zu funktionieren, dreht sich der Diskurs damit ja nicht darum, ob neoliberale Green Finance prinzipiell sinnvoll oder eben wirkungslos ist, sondern darum, welche Kriterien wie wo für welche freiwilligen Maßnahmen herangezogen werden können. Wenn dann Erdgas und Atomkraft, wie in der EU-Taxonomie-Verordnung festgehalten, als „grün“ katalogisiert werden, so kann darüber trefflich diskutiert werden. Der Blick auf die grundsätzliche Problematik wird im Rahmen dieses Diskurses jedoch verstellt und noch mehr grüner Nebel produziert.

Das Schaffen neuer Eigentumsrechte ist ein weiteres zentrales Element von marktmachender neoliberaler Green Finance. Derartige Praktiken werden, da handelbare Finanztitel geschaffen werden, daher regelmäßig nicht nur als Kommodifizierung, sondern auch als Finanzialisierung von Natur gefasst (Brand/Wissen 2014, Ouma et al. 2018). Die Kommodifizierung von Naturressourcen im Zuge des Erreichens von Net-Zero-Zielen im Rahmen von CO₂-Kompensationen ist ein rasch wachsendes Geschäftsfeld (McKinsey 2021). Diese Kompensationszahlungen erlauben etwa „CO₂ neutrales Fliegen“ und basieren auf der Vorstellung der Kommensurabilität, d.h. der Austauschbarkeit und Vergleichbarkeit unterschiedlicher Naturressourcen. In der Praxis sind diese Kompensationsaktivitäten häufig mit negativen Konsequenzen verbunden, da sie zur Enteignung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen in der Peripherie beitragen können (Jäger/Schmidt 2020a). Überdies kann aufgrund der ökologischen Grenzen des Planeten CO₂ nicht ausreichend kompensiert werden (Smith/Torn 2013).

Taxonomien sind jedoch auch ein wichtiger möglicher Ansatzpunkt für *klassische neoliberale Green Finance*. Diese versucht vor allem mittels Subventionen, z.B. durch die Übernahme von Garantien (Stichwort de-risking) oder finanzielle Zuschüsse, bestimmtes Verhalten oder Investitionen zu fördern. Taxonomien können hier Kriterienraster vorgeben. Staatliche Finanzmittel für private Aktivitäten mögen, wenn es sich nicht um Subventionen für Finanzanlagen handelt, durchaus Wirkungen haben. In der Regel ist dies jedoch auch verteilungspolitisch als problematisch zu erachten, da damit (Finanz-) Unternehmen mit öffentlichen Geldern gestützt werden und die Wirksamkeit oft fraglich ist (UNCTAD 2019). Deshalb fallen derartige Aktivitäten auch in das Feld neoliberaler

raler Green Finance. Im Bereich der Geldpolitik wären hier Förderungen etwa in Form von „grünem“ Quantitative Easing oder der Reduktion von Mindesteigenkapital für „grüne“ Investitionen zu nennen.

Es ist davon auszugehen, dass insbesondere *laissez-faire* und *marktmachende* Formen von neoliberaler Green Finance aus regulationstheoretischer Sicht tendenziell dazu beitragen, dass es zu stärker finanzierten Akkumulationsmustern mit allen damit verbundenen Instabilitäten und einer weiteren Erhöhung der Ungleichheit kommt (Jäger/Schmidt 2020b). Die aktuelle Politik auf europäischer Ebene ist dadurch charakterisiert, dass an der neoliberalen Regulation des Finanzmarkts, den liberalen internationalen Finanzbeziehungen sowie der neoliberalen Ausrichtung der andiskutieren „grünen“ Zentralbankpolitik nicht gerüttelt wird und Prozesse der Finanzialisierung der Natur als (vermeintliche) Lösungen propagiert werden.

2.2 Reformistische Green Finance

Erst in jünger Zeit sind neben den neoliberalen Formen von Green Finance Vorschläge entwickelt worden, die als reformistische Green Finance bezeichnet werden können. Diese Vorschläge basieren zum Teil auch auf der neoklassischen Umweltökonomie aber auch auf heterodoxen Ansätzen zur Frage der Rolle des Finanzsektors. Sie gehen jedoch nicht davon aus, dass Freiwilligkeit im Finanzbereich und das Schaffen neuer Märkte sowie Subventionen im Finanzbereich die passenden Lösungen seien. Die Behebung von Marktversagen allein kann keine Lösung bringen. Vielmehr seien ein starker öffentlicher Sektor sowie staatliche Investitionen und verbindliche Umweltregeln nötig, um Umweltprobleme in den Griff zu bekommen (Jäger/Schmidt 2020a). Umweltsteuern, wie etwa eine CO₂-Steuer, können aus dieser Sicht zu einer positiven Entwicklung beitragen, wobei durchaus auch die adversen Verteilungsimplicationen mitzudenken sind. Jedenfalls werden im Unterschied zu neoliberalen Perspektiven vielmehr die problematischen Auswirkungen von privaten Finanzströmen, insbesondere auch im internationalen Kontext gesehen. Anstatt Finanzmärkte auszubauen, gelte es diese einzuhegen und die Erreichung von Umweltzielen durch klare Umweltregeln wie Ge- und Verbote und nicht über den Umweg des Finanzsektors sicherzustellen. Aber auch für den Finanzsektor selbst soll es klare Regeln geben. Diese können die Form von Ge- oder Verboten der Finanzierung bestimmter Aktivitäten, oder die Finanzierung von öffentlichen Aktivitäten sowie eine wesentliche Rolle öffentlicher Institutionen, wie etwa von Entwicklungsbanken, beinhalten. Teil einer reformistischen Strategie kann es auch sein, dass Geldpolitik die Finanzierung öffentlicher Ausgaben in diesem Bereich stützt. Reformistische Zugänge zu Green Finance gehen in der Regel implizit auch davon aus, dass durch entsprechende Reformen eine kapitalistische Entwicklung mit den ökologischen Grenzen in Einklang gebracht werden kann, etwa dadurch, dass durch technologische Entwicklungen eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch möglich seien. Bisherige Entwicklungen zeigen jedoch, dass dies nicht möglich war. Nichts deutet darauf hin, dass dies zukünftig anders sein könnte. Die Vorstellung von „grünem“ Wachstum ist daher höchst problematisch (Hickel/Giorgios 2020).

Aus regulationstheoretischer Perspektive kann davon ausgegangen werden, dass damit zu „grünen“ produktiven Entwicklungsregimen beigetragen werden kann (Jäger/

Schmidt 2020b). Vor dem Hintergrund der seit langem schon sehr verhaltenen und krisenhaften Akkumulation in der EU ist es nicht überraschend, dass eine aktivere Rolle des Staates in der EU mit dem Green Deal unter dem Titel „nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit“ insbesondere auch von und in Deutschland vorangetrieben wird. Damit kann zumindest teilweise den fallenden Profitraten (Musacchio 2022) entgegengewirkt werden und möglicherweise können Grundlagen für ein neues produktives Wachstumsmodell geschaffen werden. Der Vorschlag der UNCTAD (2019) zu einem Global Green New Deal kann als in wesentlichen Teilen reformistisch kategorisiert werden, da er auf „grünes“ Wachstum in Ländern des globalen Südens abzielt. Gestützt auf heterodoxe ökonomische Zugänge und vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit spekulativen Kapitalflüssen und den damit verbundenen negativen Konsequenzen in der globalen Peripherie wird aus dieser Perspektive eine Beschränkung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs gefordert (Perry 2021). Auch werden die Rolle des Staates bei der Finanzierung und der Etablierung grünen Wachstums sowie öffentliche Investitionen als deutlich wichtiger erachtet als etwa seitens der EU. Die Rolle privater „grüner“ Finanzinitiativen und Maßnahmen wie etwa „de-risking“ werden hingegen wesentlich skeptischer beurteilt. Die unterschiedlichen Positionen von EU und UNCTAD in diesen Punkten sind vor dem Hintergrund der verschiedenen Position in der Weltwirtschaft erklärbar (Jäger 2022).

2.3 *Transformativ-progressive Green Finance*

Transformativ-progressive Green Finance geht im Unterschied zu neoliberalen und reformistischen Zugängen von der Annahme aus, dass sowohl Freiwilligkeit als auch die Korrektur von Märkten und aktive staatliche Politik allein zu kurz greifen, um Umweltkrisen in den Griff zu bekommen. Eine besondere Bedeutung messen diese Zugänge auch Verteilungsfragen bei. Während diese bei neoliberalen Perspektiven zu Green Finance gänzlich ausgeblendet bleiben, werden sie in reformistischen Zugängen zumindest zum Teil thematisiert. Aus transformativ-progressiver Perspektive ist dies jedoch unzureichend, um eine als notwendig erachtete sozial-ökologische Transformation zu erreichen. Theoretisch basiert der Zugang der transformativ-progressiven Green Finance auf Vorstellungen, die zum Teil aus traditionellen Zugängen in der ökologischen Ökonomie (Spash 2020) vor allem aber aus der politischen Ökologie in der Tradition der kritischen politischen Ökonomie (Foster 2022) abgeleitet werden können. Sie basieren auf der Annahme, dass eine Lösung der Umweltprobleme innerhalb kapitalistischer Wirtschaftssysteme sowie kapitalistischer Staaten nicht möglich sei. Dies wird damit begründet, dass das unlimitierte Streben nach Profit im Kapitalismus im Widerspruch zu den endlichen ökologischen Grenzen des Planeten steht und innerhalb kapitalistischer Staatlichkeit Umweltprobleme bestenfalls verschoben werden. Die Lösung der Probleme wird darin gesehen, eine nicht an der Profitlogik orientierte post-kapitalistische Produktionsweise zu implementieren und in diesem Sinne eine sozial-ökologische Transformation zu erreichen. Wesentlicher Horizont einer solchen Transformation ist die Etablierung einer Produktionsweise, die es auf globaler Ebene ermöglicht, sowohl die Überausbeutung der Natur zu beenden als auch sicherzustellen, dass für alle Menschen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen und damit ein gutes Leben für alle

möglich wird. Das, was von Koch/Buch-Hansen (2020) als nachhaltiger Wohlstand bezeichnet wird. Um dies zu erreichen, bedarf es der Etablierung von Produktions- und Lebensweisen (Brand/Wissen 2017) mit entsprechenden gesellschaftlichen Mechanismen, die nicht nur ausreichende Ressourcen für alle garantieren, sondern auch den übermäßigen Verbrauch einer kleinen Minderheit drastisch einschränken. Der Beitrag zu Umweltproblemen ist nämlich höchst ungleich. Dies zeigt sich am unterschiedlichen Ressourcenverbrauch pro Kopf zwischen globalem Norden und globalem Süden und der Tatsache, dass materielle Ressourcen im großen Maßstab vom globalen Süden in den globalen Norden transferiert werden (Dorninger et al. 2021). Auch wenn Huber (2022) darauf hinweist, dass der Fokus auf individuelle CO₂-Fußabdrücke Gefahr läuft, Probleme zu individualisieren, anstatt die aktuellen Produktionsweisen als Ergebnis kapitalistischer Akkumulationsprozesse zu begreifen, so ist ein Blick auf diese Daten doch erhellend. Besonders markant ist das Ausmaß, in dem unterschiedliche Einkommensschichten zur Klimakatastrophe beitragen. Dies zeigt sich deutlich im CO₂-Verbrauch. Der CO₂-Verbrauch pro Kopf des reichsten Prozents der Weltbevölkerung ist mehr als 100-mal höher als der der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. Das bedeutet, dass insgesamt das reichste Prozent mehr als doppelt so viel zum CO₂-Ausstoß beiträgt als die gesamten ärmsten 50 % der Weltbevölkerung zusammen. Etwa die Hälfte der reichsten Menschen lebt in Nordamerika und der EU, ca. 20 % in China und Indien. Auch die reichsten 10 % der Welt leben noch mehr als deutlich „über ihren Verhältnissen“, sind pro Kopf für einen CO₂-Ausstoß von über 5 t/Jahr verantwortlich und liegen damit weit über den ca. 2,1 t/Jahr, die für die Erreichung des 1,5-Grad-Ziels notwendig wären. Der Verbrauch der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung liegt deutlich unter diesem Wert (Oxfam 2020: 6ff.). Auch in der EU und innerhalb der einzelnen Länder gibt es eklatante CO₂-Ungleichheiten (Chancel/Piketty 2021). Dies zeigt deutlich, wo bzw. genauer bei wem anzusetzen wäre, um eine sozial-ökologische Transformation zu erreichen. Transformativ-progressive Green Finance müsste dazu beitragen, sowohl den gesamten Ressourcenverbrauch (und hier nicht nur bezogen auf CO₂) zu reduzieren, sondern diesen insbesondere durch eine Reduktion der bestehenden Ungleichheiten zu erreichen. Als konkrete Maßnahmen gilt es aus progressiv-transformativer Perspektive, die Profitlogik aus dem Finanzbereich zu nehmen und diesen zu demokratisieren. Darüber hinaus sollten problematische Subventionen, z.B. des Öl- und Gassektors, abgeschafft und durch Besteuerung von hohem Einkommen, Vermögen und Unternehmen ausreichende Mittel für öffentliche und kollektive Bereitstellung von nach ökologischen Kriterien produzierten Gütern zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollte durch klare Regeln verhindert werden, dass sozial und ökologisch bedenkliche Maßnahmen, d.h. Produktions- und Lebensweisen, nicht weiter finanziert werden. Um die Ungleichheit auf internationaler Ebenen zu reduzieren, sollten internationale Kompensationsmechanismen eingeführt werden. Als erster Ansatz mögen Zugänge wie debt-for-nature Swaps dienen (Jäger/Dziwok 2021). Anstelle eines wie zuletzt auf der Weltklimakonferenz in Ägypten vorgeschlagenen Kompensationsfonds für Umweltschäden, wäre es wünschenswert, nicht erst Schäden zu beheben, sondern generelle Transfermechanismen für den globalen Süden für eine sozial-ökologische Transformation zu etablieren. Überdies sollten neoliberale internationale Finanzstrukturen sowie bestehende Währungshierarchien abgebaut werden (Swartzman/Althouse 2020), da diese tendenziell den Ressourcentransfer in den globalen Norden favorisieren (Jäger/Schmidt 2020b).

Im Unterschied zu reformistischen Zugängen von Green Finance geht es hier also nicht darum, bestehende kapitalistische Strukturen zu stabilisieren, sondern Vergesellschaftungsprozesse voranzutreiben, die die Akkumulations- und Profitlogik überwinden (Zeller 2020), um einen global solidarischen Wohlstand zu erreichen. *Transformativ-progressive* Green Finance ist damit radikal-reformistisch und soll zu einer so verstandenen sozial-ökologischen Transformation beitragen. Maßnahmen im Bereich der *reformistischen* Green Finance sind aus dieser Perspektive dann zu befürworten, wenn sie einen Schritt in Richtung Dekommodifizierung und damit eines partiellen Abbaus kapitalistischer Strukturen und der Profitlogik darstellen.

3. Schlussfolgerungen: Was tun?

Es greift zu kurz, Green Finance pauschal als neoliberal zu qualifizieren und automatisch mit Kommodifizierung und Finanzialisierung gleichzusetzen. Damit wird der Blick auf wesentliche unterschiedliche Interessen, Zugänge und Kämpfe verstellt. Erst die Unterscheidung zwischen verschiedenen neoliberalen und reformistischen Formen von Green Finance eröffnet den Blick dafür, dass damit jeweils doch sehr unterschiedliche Akkumulationsmuster und Interessen gestützt werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass sowohl neoliberale als auch reformistische Zugängen zu Green Finance auf entweder stärker finanzialisierte oder stärker produktiv orientierte Formen des „grünen“ Wachstums setzen. Im Sinne einer solidarischen Lösung und effektiven Bearbeitung der ökologischen Katastrophen müssten daher letztlich transformativ-progressive Formen von Green Finance umgesetzt werden. Daraus ergibt sich, dass aus progressiver Perspektive nicht alles, was im Finanzsektor als „grün“ etikettiert wird, als positiv zu erachten ist. Ein mehr an neoliberaler Green Finance ist für ökologische und soziale Strategien kontraproduktiv, ein mehr an reformistischer Green Finance oft bedenklich. Sowohl Akteur:innen, die neoliberale Green Finance Strategien verfolgen, als auch diejenigen, die die reformistischen Formen von Green Finance propagieren, sind nicht unbedingt strategische Verbündete. Vielmehr besteht die Gefahr kooptiert, aufgesogen und damit passiver Teil einer „passiven Revolution“ (also Veränderungen, die letztlich nur der Stabilisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse dienen) zu werden. Auch greift es zu kurz, sich auf Diskussionen über Greenwashing oder Taxonomien einzulassen. Damit begibt man sich nämlich auf das diskursive Feld von neoliberaler Green Finance, verliert den Blick auf wesentliche Zusammenhänge und läuft Gefahr, sich im grünen Nebel zu verlieren. Hingegen ist es aus progressiver Perspektive notwendig, Koalitionen mit Akteur:innen, die sich für eine sozial-ökologische Transformation jenseits der kapitalistischen Produktionsweise einsetzen, zu organisieren. Entsprechend gilt es im Bereich von Green Finance klar aufzuzeigen, was das bedeutet und welche Interessen und Projekte durch neoliberale, aber auch reformistische Formen von Green Finance, bedient werden. Damit soll unter anderem vermieden werden, dass – analog zu Coronahilfen und Energiehilfen an Unternehmen – Steuergeschenke, Subventionen und öffentliche Garantien etc. für private Green Finance Aktivitäten unter dem Titel der Förderung der Umwelt gemacht werden, da diese die aktuelle verteilungspolitische Schieflage noch verschärfen. Angesichts der dramatischen Umweltkrisen sollte keine weitere Zeit mit Scheinlösungen und Scheindiskussionen verschwendet werden. Es ist

Zeit, den „grünen“ Nebel zu vertreiben, klare Wort zu finden und die Probleme und Interessen zu benennen, um eine sozial-ökologische Transformation, unter anderem mit Elementen von transformativ-progressiver Green Finance, voranzutreiben. Und zwar auf allen Ebenen: von der lokalen, über die nationale, bis zur europäischen und internationalen Ebene.

Literatur

- Baines, J./Hager, S. B. (2022). From passive owners to planet savers? Asset managers, carbon majors and the limits of sustainable finance. In: *Competition & Change*, 10245294221130432.
- Berrou, R./Dessertine, P./Migliorelli, M. (2019). An overview of green finance. In: M. Migliorelli/P. Dessertine (eds.): *The Rise of Green Finance in Europe. Opportunities and Challenges for Issuers, Investors and Marketplaces*. London: Palgrave Macmillan. 3–29.
- Brand, U./Wissen, M. (2014). The Financialization of Nature as Crisis Strategy. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 30 (2), 16–45.
- Brand, U./Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.
- Chancel, L./Piketty, T./Saez, E./Zucman, G. (2021). *World Inequality Report 2022*. <https://wir2022.wid.world> World Inequality Lab.
- Dorninger, C./Hornborg, A./Abson, D. J./von Wehrden, H./Schaffartzik, A./Giljum, S./Engler, J.O./Feller, R. L./Hubacek, K./Wieland, H. (2021). Global patterns of ecologically unequal exchange: Implications for sustainability in the 21st century. In: *Ecological Economics* 179, 106824.
- Dziwok, E./Jäger, J. (2021). A Classification of Different Approaches to Green Finance and Green Monetary Policy. In: *Sustainability* 13 (21), 1–15.
- European Commission (2022). EU taxonomy for sustainable activities. https://finance.ec.europa.eu/sustainable-finance/tools-and-standards/eu-taxonomy-sustainable-activities_en
- Financial Times (2022). Green investing: the risk of a new mis-selling scandal. 20.02.2022.
- Fondsprofessionell (2021). Alter Fonds, neues ESG-Label: Umverpackung macht Schule. <https://www.fondsprofessionell.at/news/produkte/headline/alter-fonds-neues-esg-label-umverpackung-macht-schule-204904/>
- Foster, J. B. (2022). *Capitalism in the Anthropocene. Ecological Ruin or Ecological Revolution*. New York: Monthly Review Press.
- Gepp, J. (2022). Europaweite Recherche. Klimafreundliche Finanzprodukte sind weniger grün, als es scheint. *Der Standard*, 29. November 2022. <https://www.derstandard.at/story/2000141224689/europaweite-recherche-klimafreundliche-finanzprodukte-sind-weniger-gruen-als-es-scheint>
- Hickel, J./Kallis, G. (2020). Is Green Growth Possible? In: *New Political Economy* 25 (4), 469–486.
- Huber, M. T. (2022). *Climate Change as Class War: Building Socialism on a Warming Planet*. London: Verso Books.
- Jäger, J. (2020). Hoffnungsträger Green Finance? In: *Kurswechsel* (4/2020), 91–96.
- Jäger, J. (2022). International political economy and sustainable finance: Assessing the EU's green deal and UNCTAD's green new deal. In: *Revista Contexto Internacional* 44 (1), 1–19.
- Jäger, J./Schmidt, L. (2020a). Global Green Finance and Sustainability: Insights for Progressive Strategies. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 36 (4), 4–30.
- Jäger, J./Schmidt, L. (2020b). The Global Political Economy of Green Finance: A Regulationist Perspective. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 36 (4), 31–50.
- Koch, M./Buch-Hansen, H. (2020). The IPE of degrowth and sustainable welfare. In: Ernesto Vivares (ed.): *The Routledge Handbook to Global Political Economy*. London: Routledge. 375–390.
- Kölbel, J.F./Heeb, F./Paetzold, F./Busch, T. (2020). Can Sustainable Investing Save the World? Reviewing the Mechanisms of Investor Impact. In: *Organization & Environment* 33 (4), 554–574.
- McKinsey (2021). A blueprint for scaling voluntary carbon markets to meet the climate challenge <https://www.mckinsey.com/capabilities/sustainability/our-insights/a-blueprint-for-scaling-voluntary-carbon-markets-to-meet-the-climate-challenge>.

- Musacchio, A. (2022). Mutation im Kapitalismus: Auswege aus dem Neoliberalismus? In: Das Argument (339), 618–631.
- ORF (2023). Umweltorganisationen gründen eigenes Finanzlabel. <https://help.orf.at/stories/3217197>
- Ouma, S./Johnson, L./Bigger, P. (2018). Rethinking the financialization of 'nature'. In: Environment and Planning A: Economy and Space 50 (3), 500–511.
- Oxfam. (2020). Confronting Carbon Inequality. Oxfam. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf>.
- Perry, K. K. (2021). Financing a Global Green New Deal: Greening Capitalism or Taming Financialization for a New 'Civilizing' Multilateralism? In: Development and Change 52 (4), 1022–1044.
- Smith, L.J./Torn, M. S. (2013). Ecological limits to terrestrial biological carbon dioxide removal. In: Climatic Change 118 (1), 89–103.
- Spash, C.L. (2021). The History of Pollution 'Externalities' in Economic Thought. In: SRE Discussion Paper 2021 (01).
- Svartzman, R./Althouse, J. (2020). Greening the international monetary system? Not without addressing the political ecology of global imbalances. In: Review of International Political Economy, 1–26.
- UNCTAD (2019). Trade and Development Report 2019. Financing a Global Green New Deal. https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/tdr2019_en.pdf, United Nations Conference on Trade and Development.
- UNEP (1994). Greening Financial Markets. Report of the UNEP Round-Table Meeting of Commercial Banks and the Environment. Geneva: UNEP.
- Weber, O./ElAlfy, A. (2019). The development of green finance by sector. In: Marco Migliorelli/Philippe Dessertine (eds.): The Rise of Green Finance in Europe. Opportunities and challenges for Issuers, Investors and Makretplaces. London: Palgrave Macmillan. 53–78.
- Zeller, C. (2020). Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: oekom.

**WIPO
AKADEMIE**

16. Jahrgang

Herbst 2023 / Sommer 2024

*Lust auf einen
spannenden
Austausch mit
interessierten
Studierenden?*

*Möchtest du dich in
Workshops und
Vorträgen zu
wirtschafts-politschen
Themen weiterbilden?*

**BEWERBUNG
AB 15.Mai**

